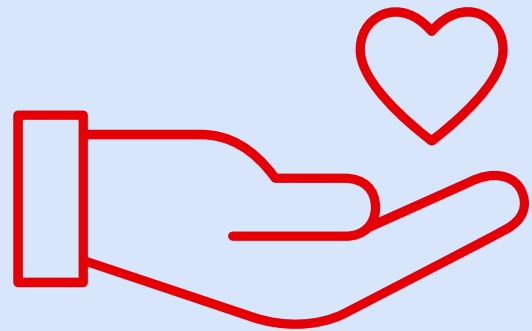


Brennpunkt Wohlfahrt

Nr. 02/2026



Zusammenfassung

- Das 1. KJHSRG verschiebt den Fokus von Inklusion zu Kostendämpfung
- Das Vorranggebot für Regelangebote bedeutet einen faktischen Leistungsabbau, solange inklusive und präventive Strukturen nicht ausreichend ausgebaut sind.
- Eine erfolgreiche Transformation erfordert Investitionen in Fachkräfte, Infrastruktur, Qualifizierung und inklusive Regelangebote.
- Langfristige Einsparungen entstehen nicht durch Leistungskürzungen, sondern durch Prävention, frühzeitige Unterstützung und bessere Kooperation zwischen den Systemen.
- Die inklusive Kinder- und Jugendhilfe ist keine Kostenfrage, sondern eine Investition in die Zukunft junger Menschen und der Gesellschaft.

Kinder- und Jugendhilfe im Umbruch: zwischen Reforman- spruch und Kostendruck

Der Referentenentwurf zum 1. KJHSRG verschiebt den Fokus der Reform von der inklusiven Lösung hin zu einem kostenorientierten Strukturumbau der Kinder- und Jugendhilfe. Dabei droht das Ziel einer einheitlichen inklusiven Kinder- und Jugendhilfe hinter fiskalischen Erwägungen zurückzutreten. Gestiegene Kosten der Kinder- und Jugendhilfe sind kein Zeichen für ein ineffizientes System, sondern Antwort auf wachsende gesellschaftliche Herausforderungen. Das geplante Vorranggebot für Regelangebote birgt Risiken, solange inklusive und präventive Strukturen nicht flächendeckend ausgebaut sind. Eine nachhaltige Reform erfordert daher Investitionen in inklusive Infrastruktur, bessere Kooperation zwischen den Systemen und einen langfristigen Blick auf die Wirkungen von Unterstützung.

Systemumbau als Sparinstrument?

Der am 26. März 2026 vorgelegte Referentenentwurf für ein Erstes Kinder- und Jugendhilfestruktureformgesetz (1. KJHSRG) bedeutet eine Zäsur für die Kinder- und Jugendhilfe. Das Vorhaben lässt sich einordnen als Teil einer umfassenderen Reformagenda, mit der die sozialen Sicherungssysteme strukturell neu ausgerichtet und zugleich finanziell entlastet werden sollen.

In der fachpolitischen Debatte und den aufwendigen Beteiligungsprozessen der letzten Jahre¹ war die sogenannte inklusive Lösung Leitmotiv: die Zusammenführung der Zuständigkeiten für alle jungen Menschen – mit und ohne Behinderungen – unter dem Dach des SGB VIII. Das verblasst nun im Hintergrund. Im Vordergrund stehen stattdessen Kostensenkungspotenziale durch einen grundsätzlichen Umbau der Systematik der Kinder- und Jugendhilfe.

”

Gestiegene Kosten der Kinder- und Jugendhilfe sind kein Zeichen für ein ineffizientes System, sondern Antwort auf wachsende gesellschaftliche Herausforderungen.

Aufgaben, Verantwortung und Ressourcen

Politische Stimmen verbreiten das Narrativ einer zu teuer gewordenen und ineffizienten Kinder- und Jugendhilfe. Eine nähere Betrachtung zeichnet jedoch ein anderes Bild.

Ein erheblicher Teil der Ausgabensteigerungen ist auf politisch gewollte Leistungsausweitungen zurückzuführen. Dazu gehören insbesondere der Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie die Stärkung des Kinderschutzes. Die gestiegenen Kosten sind damit nicht Ausdruck eines ineffizienten Systems, sondern Folge gesellschaftlicher und politischer Entscheidungen, die zusätzliche Leistungen geschaffen haben, von denen – insbesondere am Beispiel Kindertagesbetreuung – Wirtschaft und Gesellschaft stark profitieren. Die Kinder- und Jugendhilfe entwickelt sich mit den gesellschaftlichen Veränderungen und den daraus entstehenden Unterstützungsbedarfen weiter. Dafür braucht Kinder- und Jugendhilfe Ressourcen. Diese sind in den Kommunen nicht entsprechend mitgewachsen, weswegen die gestiegenen Kosten den Kommunen zu schaffen machen. Das ist ein grundsätzliches Phänomen, das bislang nicht lösbar erscheint.

Investitionen in die nachwachsende Generation pauschal als kurzfristiges Sparpotenzial zu betrachten, greift aber deutlich zu kurz. Eine solche Perspektive blendet die langfristigen sozialen und fiskalischen Wirkungen gelingender Unterstützung aus.

¹ „Mitreden – mitgestalten“ und „Gemeinsam zum Ziel: Wir gestalten die inklusive Kinder- und Jugendhilfe!“

Gerade heute leben junge Menschen und ihre Familien unter Bedingungen, die von globalen Krisen, Kriegen und gesellschaftlichen Umbrüchen geprägt sind. Viele Familien stehen unter erheblichem Druck. Unterstützungsbedarfe nehmen nicht ab, sondern werden komplexer. Aktuelle Studien wie die UNICEF-Untersuchung zum Wohlbefinden von Kindern² bestätigen dies. Kinderarmut, Ungleichheit, Teilhabechancen sowie die psychische Gesundheit junger Menschen bleiben große gesellschaftliche Herausforderungen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es widersprüchlich, ausgerechnet dort Einsparungen vorzuschlagen, wo Unterstützung, Prävention und Teilhabe gestärkt werden müssten.

Die inklusive Lösung: fachlich geboten und längst überfällig

Das SGB VIII bildet das zentrale Unterstützungssystem für junge Menschen und ihre Familien. Es umfasst Leistungen von der Familienbildung und Kindertagesbetreuung über die Kinder- und Jugendarbeit bis hin zu Hilfen zur Erziehung. Lediglich die Eingliederungshilfe für junge Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen ist bislang im SGB IX verortet.

Mit der inklusiven Lösung soll diese Trennung überwunden werden. Ausgangspunkt bildet nicht mehr die Art einer Behinderung, in den Mittelpunkt soll die Lebenssituation der jungen Menschen und ihrer Familien rücken und die Kinder- und Jugendhilfe zur zentralen Anlaufstelle für alle Kinder und Jugendlichen und ihre Familien werden. Dieser Perspektivwechsel entspricht dem Leitgedanken der UN-Behindertenrechtskonvention. Inklusion bedeutet nicht die Anpassung des Menschen an bestehende Strukturen, sondern die Anpassung der Strukturen an die Bedürfnisse des Menschen.

Das DRK unterstützt diesen Ansatz ausdrücklich. Eine konsequent umgesetzte inklusive Kinder- und Jugendhilfe hätte das Potenzial, Leistungen wirksamer, verständlicher und zugänglicher zu gestalten, hätte präventiven Charakter und würde Inklusion im Alltag selbstverständlicher werden lassen.

Warum die Reform das nicht leistet

Trotz jahrelanger Hinführung wird diese Umstellung mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht gelingen. Geplant sind u.a. Länderöffnungsklauseln, die es den Bundesländern freistellen, ob sie die Gesamtzuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe umsetzen oder nicht. Da die Umstellung mit Kosten verbunden ist, die einige Länder ablehnen, ist eine einheitliche Umsetzung der Gesamtzuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe unrealistisch. Kurzum: Eine einheitliche inklusive Kinder- und Jugendhilfe ist mit dieser Reform nicht zu erwarten. Dafür wurde die Reform verknüpft mit dem Anspruch, massiv Kosten der Kinder- und Jugendhilfe zu senken. Der Gesetzentwurf verschiebt den Schwerpunkt von der inklusiven Lösung hin zu einem Strukturumbau mit Einsparpotentialen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden grundlegende Änderungen im System vorgenommen.

Systemumbau Vorrangangebot: Regelangebote vor individuellen Hilfen

Um Kosten zu senken, sollen Regelangebote Vorrang erhalten vor individuellen Hilfen. Jugendämter sollen ausdrücklich auf kostengünstigere allgemeine Angebote im Sozialraum verweisen, um kostenintensivere Einzelfallhilfen abzuwenden. Grundsätzlich spricht nichts gegen kostengünstigere präventive Regelangebote. Präventive, leicht zugängliche Unterstützungsangebote im Sozialraum wie Familienzentren, Erziehungsberatungsstellen oder Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit können Familien frühzeitig unterstützen, Belastungen abfedern und dazu beitragen, dass intensive Einzelfallhilfen

² [UNICEF-Studie zum Kindeswohl: Deutschland nur auf Platz 25](#) [13.06.2026]

seltener notwendig werden. Eine gut ausgebaute Infrastruktur solcher Angebote entspricht dem Gedanken der Prävention und mit inklusiver Ausstattung auch dem Geist der UN-Behindertenrechtskonvention.

Genau an diesem Punkt liegt jedoch das zentrale Problem: Diese Infrastruktur existiert vielerorts noch nicht in ausreichendem Maße und ist auch kaum inklusiv ausgestattet.

Zur Ausgestaltung der (inkluisiven) Regelstrukturen bleibt der Gesetzentwurf bislang insgesamt unkonkret. Mit der Reform werden damit neue Strukturen geschaffen, ohne die Voraussetzungen für ihr Gelingen verbindlich zu sichern. Damit droht die Gefahr, dass Leistungsansprüche reduziert werden, bevor belastbare Alternativen aufgebaut sind.

Hinzu kommt ein bedeutsamer fachlicher Einwand. Regelangebote und individuelle Hilfen erfüllen häufig unterschiedliche Funktionen und lassen sich nicht ohne Weiteres gegeneinander austauschen.

Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Kindertagesbetreuung. Eine Kindertageseinrichtung kann die Entwicklung eines Kindes fördern und Eltern unterstützen. Sie ersetzt jedoch keine sozialpädagogische Hilfe für eine Familie, die mit komplexen Belastungen konfrontiert ist. Wird eine Hilfe zur Erziehung durch den Verweis auf den Besuch einer Kita faktisch verdrängt, entsteht die Gefahr, dass die eigentlichen Ursachen familiärer Belastungen eher unbeachtet bleiben.

Kritisch ist die Vorrangregelung auch aus Kinderschutzperspektive. Wenn die Ursachen einer Belastung im Familiensystem liegen, genügt es nicht, lediglich das Kind zeitweise in einem Regelangebot zu fördern. Die familiären Herausforderungen bestehen fort. Für Kinder mit Behinderungen gilt dies umso mehr, solange viele Regelangebote noch nicht durchgängig inklusiv ausgestattet sind.

Unter den bekannten finanziellen Zwängen vieler Kommunen besteht die Gefahr, dass die Vorrangregelung nicht primär fachlich, sondern fiskalisch interpretiert wird. Individuelle Hilfen drohen dadurch faktisch schwerer erreichbar zu werden. Familien mit Kindern mit Behinderung und in belasteten Lebenslagen wird diese Hürde besonders hart treffen.

Die inklusive Kinder- und Jugendhilfe ist die Lösung, nicht das Problem: Transformation zu einer präventiven inklusiven Kinder- und Jugendhilfe

Die Kritik am Gesetzentwurf darf jedoch nicht den Blick darauf verstellen, dass die Kinder- und Jugendhilfe tatsächlich vor strukturellen Herausforderungen steht. Angesichts der Haushaltslage von Bund, Ländern und Kommunen erscheint es derzeit wenig wahrscheinlich, dass die politische Zielrichtung des Systemumbaus grundsätzlich revidiert wird.

Wir brauchen eine Kinder- und Jugendhilfe für alle mehr denn je. Die entscheidende Frage lautet daher nicht, ob eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe notwendig ist oder nicht. Auch nicht, ob wir als Gesellschaft sie uns leisten können. Im Idealfall erhalten wir ein leicht zugängliches, inklusiv ausgestattetes

und langfristig tragfähiges Unterstützungssystem für alle, inklusive der Option auf Einzelfallhilfen, wo die Regelangebote nicht ausreichen. Das muss nicht zwingend teurer sein als das gegenwärtige System. Wenn dieses Ziel politisch geteilt wird, stellt sich vor allem die Frage, wie der Weg dorthin gestaltet werden kann.

Aus Sicht des DRK stellt sich daher die Frage, wie eine solche Transformation konkret gestaltet werden kann. Wir denken Kinder- und Jugendhilfe grundsätzlich als inklusiv. Unser Anspruch ist, jungen Menschen und ihren Familien bedarfsgerechte Unterstützungsangebote zu machen. Unterstützung steht selbstverständlich zur Verfügung und muss nicht erst individuell erkämpft werden. Mit diesem Ausgangspunkt stellt sich die Frage nach dem Wie, nicht nach dem Ob. Aus Sicht des DRK ergeben sich hierfür mehrere Ansatzpunkte.

Wie kann die Transformation gelingen?

Eine solche Transformation erfordert Investitionen in den langfristigen Aufbau geeigneter Strukturen. Erforderlich sind ausreichend Fachkräfte, verbindliche Finanzierungszusagen, klare Qualitätsstandards sowie Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, die tatsächlich inklusiv arbeiten können.

Ganz praktisch: Jugendämter müssen neue Steuerungs- und Koordinierungsstrukturen entwickeln. Leistungserbringer müssen Personal fachlich weiterqualifizieren, ihre Angebote inklusiv ausgestalten und sich mit dem Vorrang stärker auf Regelangebote ausrichten. Die Regelangebote benötigen zusätzliche Ressourcen, um den erweiterten Anforderungen gerecht werden zu können.

Was der Transformation im Weg steht, ist jedoch ein politisches Dilemma. Die positive Wirkung bedarfsgerechter Unterstützung zeigt sich häufig erst Jahre später. Unterstützung wirkt auf Lebensverläufe, nicht innerhalb von Haushaltsjahren oder Legislaturperioden.³ Dadurch geraten notwendige Investitionen leicht unter Rechtfertigungsdruck.

Zugleich ist empirisch gut belegt, dass zu spät gewährte oder verweigerte Hilfen erhebliche Folgekosten verursachen. Belastungen verfestigen sich, Unterstützungsbedarfe nehmen zu und später notwendige Maßnahmen werden aufwendiger und kostenintensiver. Hinzu kommen langfristige Folgen für Bildungsbiografien, gesellschaftliche Teilhabe und soziale Sicherungssysteme.

”

Unterstützung wirkt auf Lebensverläufe – nicht innerhalb von Haushaltsjahren oder Legislaturperioden

³ Auch volkswirtschaftlich ließen sich die positiven Effekte von Investitionen in die Kinder- und Jugendhilfe nachweisen. Vgl. hierzu z. B. die Studie „Investitionen in Kinder wirkungsvoll gestalten“ des idw im Auftrag von UNICEF aus dem Jahr 2024: [Microsoft Word - Gutachten Investitionen in Kinder UNICEF 21_08_2024](#) [13.06.2026]

Langfristig Potenziale entfalten: Das System stärken und Finanzierungslogiken vereinfachen

Wie können diese Investitionen gelingen? In der Praxis zeigen sich immer wieder Reibungsverluste zwischen unterschiedlichen Zuständigkeiten, Finanzierungslogiken und professionellen Kulturen. Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Gesundheitswesen, Pflege und Bildungssystem verfolgen jeweils eigene Steuerungsansätze und Finanzierungsmechanismen. Die notwendige Zusammenarbeit gelingt oftmals nur mit erheblichem organisatorischem Aufwand.

Aus Sicht des DRK liegen hier erhebliche Chancen für mehr Wirksamkeit und zugleich für einen effizienteren Mitteleinsatz. In der Realität wird die Umsetzung guter Ideen häufig durch komplexe Anforderungen der Finanzierungslogiken erschwert. Wo unterschiedliche Systeme besser und multiprofessionell zusammenarbeiten, entstehen Synergien. Doppelstrukturen können reduziert und Unterstützungsangebote bedarfsgerechter gestaltet werden. Ein Beispiel im DRK ist das Familiengesundheitszentrum Wurzen. Familien finden an diesem Anlaufpunkt Angebote und Beratung und gleichzeitig Unterstützung aus den Bereichen Gesundheit und Pflege.

Gerade bei komplexen Problemlagen junger Menschen entstehen durch eine engere und einfachere Kooperation mit angrenzenden Systemen passgenauere und inklusivere Unterstützungsangebote. Vorstellbar wären auch umfassende Familien- und Kinderzentren rund um Kindertagesbetreuungseinrichtungen. Dort könnten Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam Förderung erhalten, während Familien Beratung, Entlastung und Unterstützung in unterschiedlichen Lebenslagen finden.

Dass solche Ansätze funktionieren können, zeigt beispielsweise der Landkreis Nordfriesland, der bereits seit vielen Jahren mit budgetorientierten Modellen in der inklusiven Jugendhilfe arbeitet.⁴ Solche Beispiele verdeutlichen, dass fachliche Qualität und wirtschaftliche Tragfähigkeit keine Gegensätze sein müssen. Die bestehende Komplexität der Zuständigkeiten und Finanzierungsstrukturen bietet erhebliche Potenziale für Vereinfachung und effizientere Zusammenarbeit.⁵

Langfristige Wirkungen sichtbar machen

Für eine solche Weiterentwicklung braucht es jedoch nicht nur neue Kooperationsformen, sondern auch eine bessere Kenntnis darüber, welche Wirkungen Unterstützungsleistungen langfristig auf die Lebensverläufe der Menschen entfalten.

Während kurzfristige Ausgaben vergleichsweise leicht bezifferbar sind, werden die langfristigen Effekte von Kinder- und Jugendhilfe bislang nur unzureichend erfasst. Es braucht hier eine umfassende Wirkungsanalyse. Denn nur so können belastbare Aussagen darüber getroffen werden, ob öffentliche Mittel nachhaltig eingesetzt werden.

Aus Sicht des DRK sollte zum Beispiel die Kinder- und Jugendhilfestatistik stärker für Wirkungsanalysen genutzt und um geeignete qualitative Merkmale ergänzt werden. Wissenschaftliche Längsschnittuntersuchungen können dazu beitragen, die mittel- und langfristigen Effekte von Unterstützungsleistungen besser sichtbar zu machen.

⁴ [Sozialraumorientierte Jugendhilfe und Eingliederungshilfe für unter 18-jährige – inklusive systemische Hilfen in Nordfriesland | DIALOGFORUM - "Bund trifft kommunale Praxis" \[13.06.2026\]](#)

⁵ Zum Thema Finanzlogiken in der Kinder- und Jugendhilfe vgl. das Impulspapier der Berliner Runde: „Eine stabile Finanzarchitektur für die Kinder- und Jugendhilfe, [ISM Worddokument](#) [13.06.2026]

Eine solche Datengrundlage würde politische Entscheidungen begründen, die über den Horizont einzelner Legislaturperioden hinausreichen. Gerade eine nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik braucht diesen langfristigen Blick.

Fazit: Jetzt investieren in eine präventive inklusive Kinder- und Jugendhilfe

Unsere Vorstellung ist eine präventiv arbeitende, selbstverständlich inklusive Kinder- und Jugendhilfe. Anstelle kurzfristiger Kostensenkungen sind dafür Investitionen in Fachkräfte, Infrastruktur, Prävention, Kooperation und Erkenntnisgewinnung notwendig, um auch für die Transformationsphase eine funktionierende Kinder- und Jugendhilfe zu sichern.

Erst auf Grundlage eines bedarfsgerecht ausgestatteten inklusiven Regelsystems können langfristig auch finanzielle Entlastungen entstehen. Dass Regelungen für die verbindliche Ausgestaltung des Systemumbaus mit einem zweiten KJHSRG in die Zukunft verschoben werden, ist riskant. Sinnvoller wäre die Ausgestaltung zu Planung und Finanzierung in einem Wurf.

Ein wichtiger nächster Schritt in Richtung präventiv arbeitender inklusiver Kinder- und Jugendhilfe wird auf jeden Fall die Verbesserung der Kooperation zwischen den Systemen sein. Hier sind Synergieeffekte erwartbar und auch Kostensenkungspotenziale. Und vor allem würde es Kindern, Jugendlichen und ihren Familien zugutekommen. Dafür setzen wir uns ein.

Das alles erfordert einigen politischen Mut. Das politische Narrativ einer grundsätzlich zu teuren Kinder- und Jugendhilfe greift jedenfalls zu kurz. Was heute vermeintlich eingespart wird, kann morgen an anderer Stelle erhebliche gesellschaftliche und fiskalische Folgekosten verursachen.

Eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe ist eine Investition in die Zukunft junger Menschen und damit in die Zukunft unserer Gesellschaft.

Dr. Charlotte Giese

Referentin Jugendhilfe, DRK-Generalsekretariat, c.giese@drk.de

Sabine Urban

Referentin Kindertagesbetreuung, DRK-Generalsekretariat, s.urban@drk.de

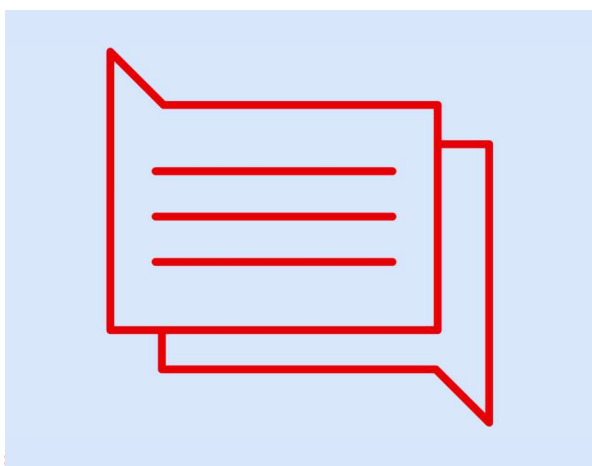
Verena Werthmüller

Referentin Inklusion und Teilhabe, DRK-Generalsekretariat, v.werthmueller@drk.de

Marc Nellen

Bereichsleiter Jugend und Wohlfahrtspflege, m.nellen@drk.de

Berlin, den 18. Juni 2026



**Führen Sie die Debatte
mit uns weiter unter
[drk-wohlfahrt.de](https://www.drk-wohlfahrt.de)**

JETZT MITDISKUTIEREN